

**50 Jahre Flamenco**  
Tänzerin Nina Corti blickt mit einer Aufführung auf ihre internationale Karriere zurück. / 17

## Gestern im Rat

**Vorsitz:** Stefan Lacher (SP, Schaffhausen)

» Der Kantonsrat hat den Kredit für die Weiterführung des **Vereins docSH** mit 56 zu 0 Stimmen genehmigt.

» Der Verlängerung der Pilotphase zur Umsetzung des **Palliative Care Konzeptes** Schaffhausen hat er mit 58 zu 0 Stimmen zugestimmt.

» Der Antrag des Regierungsrats zur Umsetzung der Motion **«Mehr Transparenz – aber mit Augenmass»**, wurde in erster Lesung beraten.

» Schliesslich hat er die Motion **«Familienzulagen in der Landwirtschaft»** mit 54 zu 0 Stimmen für erheblich erklärt.

## Sätze zur Situation

**Samuel Erb, SVP:**

«Das war in unserer Fraktion eine fast beängstigende Zustimmung, ohne dass jemand quergeschlagen hätte.»

*Bekanntlich herrscht auch bei der SVP nicht immer Einigkeit. In Sachen docSH aber schon.*

**Hansueli Böhni, GLP:**

«Es ist ein bisschen mehr als ein Tropfen auf den heissen Stein.»  
*Einer der zahlreichen Versuche, das bisher Erreichte des Vereins docSH möglichst genau zu beschreiben.*

**Christian Heydecker, FDP:**

«Ich glaube nicht, dass wir hier einen Saustall haben.»  
*Zur Frage, wie dringlich eine Übergangsbestimmung ist, bis das Transparenzgesetz in Kraft tritt.*

**Patrick Portmann, SP**

«Ich habe selber etwas Angst vor meiner heutigen Wortmeldung.»  
*Er kritisierte im Anschluss die bürgerlichen Kolleginnen und Kollegen.*

**Kurt Zubler, SP:**

«Wir sind hocherfreut, dass ein derartiger Vorstoss aus der Landwirtschaft kommt.»  
*Zur Familienzulagen-Motion der SVP. Wie die Partei künftig mit sozialpolitischen Anliegen umgeht, bleibt offen.*

## Kindergeld-Motion für erheblich erklärt

Der Kantonsrat hat gestern die Motion «Familienzulagen in der Landwirtschaft» überwiesen. Zuletzt wurden die Kinder- und Ausbildungszulagen 2019 durch den Rat angepasst: Die Kinderzulage stieg in der Folge von 200 auf 230 Franken und die Ausbildungszulage von 250 auf 290 Franken. Dabei wurde die Landwirtschaft nicht mitberücksichtigt. Die Kinder- und Familienzulagen sind dort deshalb tiefer. «Ob dies so gewollt war, bleibt offen», heisst es im Vorstoss von Hansueli Graf (SVP, Oberhallau). Wie die Debatte gestern zeigte, ging die Landwirtschaft, deren Familienzulagen historisch bedingt in einem separaten Gesetz geregelt sind, vermutlich schlicht vergessen. Die Regierung wurde mit 54 zu 0 Stimmen beauftragt, durch eine Gesetzesanpassung sicherzustellen, dass die Kinderzulage für in der Landwirtschaft Tätige ebenfalls erhöht wird. (rli)

# Linke Salve von Transparenzanträgen

Emotionale Ausbrüche, juristische Spitzfindigkeiten und eine im Grundsatz völlig unterschiedliche Auffassung: Links und Rechts lagen an der gestrigen Debatte über das Schaffhauser Transparenzgesetz weit auseinander.

**Dario Muffler**

Dann hallte es «Bullshit» durch den Kantonsratssaal. Nach gut einstündiger Debatte waren die Nerven bei den Parlamentarierinnen und Parlamentariern teilweise strapaziert, in der Frage um die korrekte Umsetzung der Schaffhauser Transparenzinitiative standen sich zwei unversöhnliche Lager gegenüber. «Das ist wie im Fussball, manchmal begeht man ein Foul, dann entschuldigt man sich, und es geht weiter», sagte Christian Heydecker (FDP, Schaffhausen) zu seiner Entgleisung. Um beim Fussball zu bleiben: Das Duell ging unentschieden aus, es kommt zu einem erneuten Aufeinandertreffen.

Zuletzt war die Umsetzung der Schaffhauser Transparenzinitiative vor zwei Wochen Thema und endete kurz vor Unterbruch mit einem Knall: Matthias Freivogel (SP, Schaffhausen) stellte den Antrag, das Geschäft an die Regierung zurückzuweisen. Diese sollte nochmals über die Ausarbeitung des Gesetzes beraten, mit dem die Transparenzinitiative umgesetzt werden soll. In seiner Begründung warf er der Regierung undemokratisches Verhalten vor, weil sie die Umsetzung der Initiative zugunsten eines schwächeren kantonsrätlichen Vorschlags aufgeschoben hat. Mit einem Postulat von Heydecker hatte das Parlament die Regierung beauftragt, ein Gesetz mit einem allgemein formulierten Artikel zur Transparenz auszuarbeiten.

Regierungspräsidentin Cornelia Stamm Hurter (SVP) konnte gestern zu Freivogels Vorwurf Stellung nehmen. Sie sprach davon, dass die Regierung die weitere Ausarbeitung aufgeschoben habe, weil der Kantonsrat ihr einen neuen Auftrag erteilt habe. «Solange nicht klar ist, ob es diese Gesetzgebung überhaupt braucht, ist es unverhältnismässig, sie auszuarbeiten.» Zudem sagte Stamm Hurter, dass die Initiative «offensichtliche Mängel» habe.

### Volksinitiative als einziges Mittel

In ihrer ablehnenden Haltung wurde die Regierung von der vorberatenden Spezialkommission unterstützt. «Dieses Vorgehen ist keinesfalls undemokratisch», sagte Kommissionspräsident Rainer Schmidig (EVP, Schaffhausen). «Alles lief nach den Regeln ab, die wir uns selber gegeben haben.»

Gianluca Looser (Junge Grüne, Schaffhausen) kritisierte, dass das Parlament hier den Willen der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger zu umgehen versuche. Auch Patrick Portmann (SP, Schaffhausen) warf der bürgerli-



In den Augen der Juso, der Initianten der Transparenzinitiative, wird der Volkswille zu Grabe getragen.

BILD REGULA LIENIN

chen Seite fehlendes Fingerspitzengefühl vor. Das Instrument der Volksinitiative sei wegen der Mehrheitsverhältnisse im Kantonsrat die einzige Möglichkeit der Linken, Anliegen durchzubringen. «Wieso torpedieren Sie diese nach gewonnener Abstimmung?», fragte er.

Der Antrag, nicht auf die Vorlage einzutreten, wurde schliesslich mit 31 zu 24 Stimmen abgelehnt. Die Diskussion konnte also in die zweite Halbzeit gehen.

### Alle Anträge scheitern

Die Detailberatung des zentralen Verfassungsartikels wurde zu einem Hin und Her zwischen der linken Ratshälfte und der bürgerlichen Seite. So stellten die Mitglieder der SP-Fraktion und der Grünen diverse Anträge, jeweils als Ergänzung zu den Artikeln. Und zwar wollten sie ihn um jene Passagen ergänzen, die in der ursprünglichen Variante der Initiative oder der sogenannten Umsetzungsinitia-

tive enthalten sind. Die Umsetzungsinitiative hatten die Initianten lanciert, um diverse Punkte zu konkretisieren.

Irene Gruhler Heinzer (SP, Stein am Rhein) stellte den Antrag, dass anonyme Spenden verboten werden, Portmann forderte, dass die Zuwendungen mit Namen offengelegt werden, Looser beantragte, dass Spenden von juristischen Personen ohne Untergrenze offenzulegen sind, und Bruno Müller verlangte, den Artikel so zu ergänzen, dass es jährlich einen Bericht über die Transparenzbedingungen gebe.

Alle Anträge scheiterten jeweils mit rund 30 zu 20 Stimmen. Neben SP, Juso, Grünen und Jungen Grünen stimmten auch vereinzelt Mittelpolitiker für die Anträge. Die bürgerliche Mehrheit war geschlossen dagegen. Alle Anträge erhielten aber mehr als zwölf Stimmen, was bedeutet, dass die Kommission nochmals darüber beraten muss, bevor die Vorlage erneut ins Plenum kommt. Quasi zum finalen Spiel.

**«Alles lief nach den Regeln ab, die wir uns selber gegeben haben.»**

**Rainer Schmidig**  
EVP-Kantonsrat

## Kredit für weitere fünf Jahre docSH ist bewilligt

Die Vernetzungsstelle für die Förderung der Hausarztmedizin kann ihre Arbeit weiter wahrnehmen. Dennoch wurde Grundsatzkritik geäussert.

Schweizweit gibt es zu wenige Hausärzte. Auch im Kanton Schaffhausen wird es insbesondere in den ländlichen Gebieten immer schwieriger, Nachfolger zu finden. 2018 wurde im Kanton Schaffhausen deshalb der Verein docSH gegründet. Dies mit dem Zweck, einen Beitrag zur langfristigen Sicherung der medizinischen Grundversorgung und der hausärztlichen Versorgung zu leisten. «Trotz Corona wurde vieles erreicht», sagte der Präsident der Gesundheitskommission, Ueli Böhni (GLP, Stein am Rhein). Beispielsweise ein Hausärztementor beim Kantonsspital Schaffhausen, die Etablierung eines Weiterbildungscurriculums für Hausarztmedizin an den Spitälern Schaff-

hausen sowie die Vermittlung zweier neuer Hausarztstellen über docSH. Nicht alle teilten seinen Enthusiasmus, auch wenn der Kredit in Höhe von 315 000 Franken für die Jahre 2023 bis 2027 von sämtlichen Fraktionen unbestritten war.

Grosse Erkenntnisse habe die erste Phase nicht gebracht, sagte Christian Di Ronco (Mitte, Neuhausen). Urs Capaul (parteilos, Schaffhausen) schloss: «Die Vorlage löst den Hausarztmangel nicht.» Er forderte, dass die Hochschulen schweizweit mehr Mediziner ausbilden müssten, um den Mangel wirksam zu bekämpfen. Weiter gab die rechtliche Form zu diskutieren. Weil die Vernetzungsstelle als Verein aufgestellt ist – und nicht etwas als Verwaltungseinheit – können auch die Gemeinden ins Boot geholt werden. Die Reserven, die wegen Corona gebildet wurden, sollen in weitere Aktivitäten fliessen. Das Parlament bewilligte den Kredit für die nächsten fünf Jahre mit 56:0 Stimmen. (rli)

## Palliative Care: Die Pilotphase geht in die Verlängerung

Die Umsetzung des Schaffhauser Palliative-Care-Konzepts stiess im Rat auf breite Akzeptanz. Ein viertes Bett im Hospiz soll geprüft werden.

Die Gesundheitskommission unterstützte das Vorgehen der Regierung, stellte deren Präsident Ueli Böhni (GLP, Stein am Rhein) zu Beginn der Debatte klar. Beantworte war, die Pilotphase zur Umsetzung des Palliative-Care-Konzepts bis Dezember 2023 zu verlängern. «Es darf keinen Unterbruch geben», so Böhni. Die Verlängerung ist nötig, um für die definitive Fortführung ein Submissionsverfahren und eine Volksabstimmung durchzuführen. Laut Böhni wurde der Mobile-Palliative-Care-Dienst «sehr gut» aufgenommen, das auf drei Betten erhöhte Sterbehospiz zu 70 Prozent ausgelastet. In der Kommission sei der Antrag erwogen worden, die Bettenzahl unmittelbar auf vier aufzustocken. Man

verzichte aber darauf, weil Vertreter des Gesundheitsamts sich glaubhaft für eine seriöse Prüfung ausgesprochen hätten. «Wir sind auf dem richtigen Weg», sagte Corinne Ullmann (SVP, Stein am Rhein) und dankte im Namen ihrer Fraktion für die professionelle Umsetzung des Konzepts. Sie forderte, das Einzugsgebiet sei für eine bessere Auslastung zu vergrössern.

Wie alle anderen Fraktionen unterstützten auch die Grünen/Jungen Grünen die Vorlage. Marianne Wildberger (Grüne, Schaffhausen) verwies auf die Dringlichkeit eines vierten Hospizbettes, weil immer wieder Menschen abgewiesen werden müssten. Gesundheitsdirektor Walter Vogelsanger (SP) sprach von weitgehend erfüllten Erwartungen. Die Schnittstelle zwischen den Leistungserbringern sei verbessert worden. «Dies führte zu Qualitätssteigerungen und tieferen Kosten.» Der Verlängerungskredit von 875 000 Franken wurde mit 58:0 Stimmen genehmigt. (rli)